

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabeorten und Filialen monatl. 4.50 zL, mit Zustellgeld 4.80 zL. Bei Postbezug monatl. 4.89 zL, vierteljährlich 14.66 zL. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zL. Danzig 3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 D. B. Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Ausschlag. — Bei Blattvorschrift u. schwierigem Satz 50%, Ausschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkassendaten: Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 34

Bromberg, Dienstag, den 13. Februar 1934

58. Jahrg.

Barrikaden in Paris

Wie war es doch? Für Mitte Februar hatte sich Paul-Boncour zu einem Besuch in Warschau angefragt. Er wird jetzt höchstens als Privatmann in der polnischen Hauptstadt erscheinen; die Rolle des Außenministers hat er seit einigen Tagen ausgespielt. Mit Einschaltung des kurzen Zwischenaktes Chautemps ist Herr Daladier mit seiner Regierung der Vierzigjährigen dem alten Doumergue und seinem Kabinett der Siebzigjährigen gewichen. Aber das ist nichts Neues in Paris. Je länger dieses vergreifte Volk seine verhängnisvolle Hegemonie über Europa ausübt, desto häufiger haben wir dieses Spiel des Kämmerchen-Vertriebens erlebt, ohne daß dabei neue Gesichter in den Vordergrund rückten. Im Grunde genommen hat sich im Personalbestand seit Versailles gar nichts geändert. Auch die Männer im jungen Kabinett Daladier waren, bei Nicht-besehen, ganz alt. Wenn Jugend eine Haltung ist, wie Balbur von Schirach, der Führer der Hitlerjugend, bekennend, dann kommen die regierenden Männer Frankreichs schon seit den Pariser Vorortverträgen ohne diese Haltung aus. (Nachdem der steinalte Clemenceau mit seinem Greisenhaß aufrecht ins Grab gegangen ist, hat es keinen jugendlichen Feuerkopf mehr an der Seine gegeben, höchstens noch Techniker eines rechnerischen Brillantfeuerwerks wie den gleichfalls verschiedenen Aristide Briand und seinen eingangs erwähnten Nachfolger Paul-Boncour.)

Die französischen Regierungskrisen sind an sich gar nicht so wesentlich. Sie gehören zum System, und wir sind seit langem daran gewöhnt. Wesentlich aber sind die — Barrikaden in Paris. Sie haben an der Seine gewissermaßen eine historische Bedeutung, aber was sollen sie heute noch? Dieses Siegerland mit seinen goldenen Schätzen in den Kellern der Bank von Frankreich gehörte bislang zu den „beati possidentes“, den „glücklich Besitzenden“, den Kriegsgewinnlern. Es hat eine verhältnismäßig ausgeglichene Wirtschaft und braucht sich auch nicht über eine Überbevölkerung zu beklagen wie andere Länder unseres Kontinents. Und doch! Auch in Paris gibt es leere Krippen, vor denen sich die Pferde beissen. Solche Kunde braucht uns Deutschen nicht einmal überraschend zu kommen. Als es noch üblich war, in klagenenden Formeln das sogenannte „Weltgewissen“ zu beschwören, als man an die Solidarität der weißen Völker, an die Schicksalsgemeinschaft von Siegern und Besiegten appellierte, da wurde dieses Ende klar und deutlich prophezeit: Möchte es nun sein, daß diese Prophezeiungen wegen ihrer propagandistischen Aufmachung skeptisch betrachtet wurden, oder durch die tausendfältige Wiederholung dem allgemeinen Unglauben verfielen, — kurzum, die Sache mit den Barrikaden wurde schließlich doch für den gemeinen DurchschnittsEuropäer eine richtige Sensation. Mit soviel Toten und Verwundeten dabei, wie sie alle in Paris verammelten Emigranten über die (in Wahrheit höchst unblutige) deutsche Revolution des Vorjahres nicht einmal zusammenzulügen wagten.

Auch sonst war die Regie eindrucksvoll. Weil es unter dem Thronstuhl Europas höchstselber bebte, jagten die Mächte der Finsternis oder des Lichts — die Beurteilung dürfte je nach dem Standort verschieden ausfallen — über alle von den Pariser Vorortverträgen gestalteten und belasteten Länder einen Sturm von zehnter bis zwölfter Windstärke, der den Menschen die Wächterbotschaft in die Ohren schrie: „Hört, ihr Leut, und laßt euch sagen, unsere Glock hat zwölf geschlagen!“ In Polen aber verdichtete sich der Orkan zu einem regelrechten Gewitter mit Blitzen, Donner- und Hagelschlag. Damit der schwerhörige Herr Dmonski auch Bescheid wisse, was die Uhr geschlagen hat, — und alle anderen Irrgläubigen dazu, deren tägliche Morgen- und Abendgebete nur ein Hymnus an den Götzen Frankreich sind. Herr Tyski war wirklich sehr klug beraten, als er — sobald die weltliche Kriegsmüdigkeit notorisch beglaubigt war, um eine Audienz bei dem großen Führer des Dritten Reichs nachsuchte. . . . Oder sollte es darüber heute noch Zweifler geben?

Doch kehren wir zu Marianne zurück. Sie ist noch keineswegs zur Salzsäule erstarrt wie Lots Weib vor Sodom und Gomorrah. Auch hat es in Paris weder Pech noch Schwefel geregnet. Es hat eine Erschütterung gegeben, aber noch keine Wende, eine Überraschung, aber noch kein Wunder. Was die Befriedung Mitteleuropas, die Abrüstungsgespräche und geplanten Wirtschaftsunionen anbelangt, so wird sich die Lage (von Paris aus betrachtet) eher versteifen, als lockern. Die alten Herren haben im eigenen Hause, ja selbst im eigenen Kabinett, so viel Gegenstände zu überbrücken, daß sie sich eine große Geste nach außen nicht erlauben können. Überdies: wie wollte man neuen Wein in alte Schläuche füllen?

Das schreit die monarchistisch nationale Jugend der Camelots de roi durch die Straßen von Paris. Sie hat die blutigen Demonstrationen eröffnet. Aber Spartakus hat sich bald an ihre Fersen geheselt und seine rote Fahne auf die Barrikaden geklemmt. Was sagt Herr Perriot dazu, der unermüdete Cheftifter zwischen Paris und Moskau? Wenige Monate nach der von ihm betriebenen Verlobung geht der Bolschewismus auf die Straßen von Paris. Aktuari nach dem Vorbild, das der erste Sowjetbotschafter in Berlin, Herr Toffe, vor einem halben Menschenalter in Deutschland gegeben hat.

Frankreich hat wieder seine Barrikaden. Aber es ist nicht im Aufbruch. Es hat keinen Hitler und keinen Tyski. Es hat nur ein neues Kabinett von alten Männern

bekommen, das uns wenig interessiert. Uns bewegt lediglich die Frage, ob und wie lange wir blamierten Europäer noch unter der Fuchtel der alten Jungfer Marianne zu leiden haben. Vielleicht hat sich jetzt eine Wolfschlucht für sie aufgetan. . . .

Spartakus an der Seine.

Über die letzten Unruhen in Paris am Freitagabend, die kommunistischen Ursprungs waren, wird noch berichtet:

Ein erschlagener Polizist, 40 ver wundete Polizeibeamte, mehrere hundert verwundete kommunistische Manifestanten und über 800 Verhaftungen, so lautet die Bilanz der blutigen Zusammenstöße zwischen Kommunisten und den Hütern der öffentlichen Ordnung am Freitagabend.

Die Kämpfe spielten sich vor allem in der Umgebung des Ostbahnhofes, des Nordbahnhofes und des Republikplatzes ab.

Überall wurden von den Kommunisten in fliegender Eile Barrikaden errichtet.

Zu den ersten Zusammenstößen kam es bereits nach 19 Uhr. 400 Kommunisten marschierten in geschlossenem Zuge aus der Richtung Bastille auf den Republikplatz zu, der von der Polizei scharf abgeriegelt war. Unterwegs stießen sie auf die erste Polizeikette. Nach 21 Uhr versuchten einige tausend Manifestanten das Bürgermeisteramt des Stadtbezirks im Sturm zu nehmen. Sofort konzentrierte die Polizei eine Abwehr auf diese gefährdete Stelle und zog Verstärkungen heran.

Pföflich fielen aus den umliegenden Wohnhäusern mehrere Schüsse auf die Polizeiautomobile. Es entstand

ein erbitterter Kampf zwischen Polizisten und Demonstranten,

die mit Revolvern auf die Hüter der öffentlichen Ordnung schossen und dabei durch Fensterlöcher unterstützt wurden. Nach schwieriger Arbeit wurde der Boulevard-Platz von der Polizei gesäubert.

Die erste Sitzung des französischen Kabinetts

Paris, 12. Februar. (P.M.) Am Sonnabendabend fand die erste Sitzung des Kabinettsrats der neuen Regierung statt, die nahezu drei Stunden lang dauerte. Der größte Teil der Beratungen galt der Prüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Frankreichs, die augenblicklich mit Rücksicht auf die Kündigung der meisten Handelsverträge und auf die von England angekündigten Repressalien verschärft sei. Nach einer längeren Besprechung der Stawiski-Affäre einigte man sich über die Bildung einer aus 24 Mitgliedern zusammengesetzten parlamentarischen Kommission, die diesen Skandal untersuchen soll.

Im Laufe der Sitzung ergriff auch der neue Außenminister Barthou das Wort, um seinen Standpunkt über die französische Außenpolitik klarzulegen. Er meinte, Frankreich könne sich nicht damit einverstanden erklären, daß Hilfskräfte oder militärische Organisationen bei der Berechnung der Effektivstärken eines jeden Staates, wie z. B. in Deutschland oder in Italien, außer Betracht gelassen werden.

Eine ziemlich lebhafte Diskussion löste die Frage des angeführten Generalstreiks aus. In der Montagsitzung des Ministerrats will man sich mit dieser Frage weiter beschäftigen. Die meisten Minister vertreten den Standpunkt, daß dieser Streik die letzte Etappe der herrschenden Erregung sein werde, und daß es daher nicht nötig sei, irgend welche Sanktionen in Anwendung zu bringen.

Der Generalstreik hat begonnen.

Paris, 12. Februar. (P.M.) Der durch die Generalföderation der Arbeit proklamierte Generalstreik bildet den Gegenstand eines allgemeinen Interesses. Fast sämtliche Organisationen haben beschlossen, sich der Streikbewegung anzuschließen. Die kommunistische „Humanité“ hat eine Sondernummer herausgegeben, die einen Aufruf der kommunistischen Partei enthält, welcher zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen den Faschismus aufruft. Sämtliche Pariser Zeitungen haben eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, daß die Zeitungen am Montag infolge des Generalstreiks nicht erscheinen werden.

Und in der Tat ist am Montag in Paris nur ein einziges Morgenblatt, die royalistische „Action Française“ erschienen, deren Beschaffung übrigens auch ziemlich schwierig ist, da Streikposten den Verkauf der Zeitung zu verhindern suchen. In den frühesten Morgenstunden sind die telephonischen Abonnementgespräche mit dem Auslande noch ausgeführt worden. In der Stadt selbst konnte man am frühen Morgen noch telephonieren.

In den größeren Provinzkästen sind umfangreiche Ordnungsmassnahmen getroffen worden. Die Truppen werden in Alarmbereitschaft gehalten. In Boulogne sur mer veranstalteten die Kommunisten am Sonntag unter dem Gesang der Internationale eine

Ganz besonders schwer waren die Zusammenstöße ferner in dem Umgebung des Ostbahnhofes. Mehrere Male mußte berittene Garde zum Angriff vorgehen, um die immer größer werdenden Scharen der Manifestanten auseinander zu treiben. Sogar auf dem Innenhof des Bahnhofes, der vollgesteckt von Kommunisten war, mußten die Angriffe der Polizei ausgebeutet werden. In den Untergrundbahn-Eingängen entwickelten sich erbitterte Kämpfe, da die Kommunisten erst ihre Revolverfallen auf die vordringende Polizei abgaben und sich dann bedende auf die Untergrundbahn-Treppen flüchteten, auf die die berittene Polizei nicht folgen konnte. Der Kampf zog sich bis Mitternacht hin. Gegen 23 Uhr war der Höhepunkt doch überschritten. Die Polizei erwies sich diesmal mehr Herr der Lage als an den Vortagen.

Unter den verhafteten Demonstranten wurde eine große Anzahl von Ausländern festgestellt, darunter nicht weniger als 50 kommunistische Emigranten aus Deutschland, die nach der Unternehmung der Vorfälle unverzüglich ausgewiesen werden sollen.

Paris — von Moskau aus gesehen!

Zu den Straßenkämpfen in Paris schreibt die Moskauer „Pravda“, die Barrikaden dort hätten eine neue Etappe der revolutionären Klassenkämpfe eingeleitet. Die Arbeiter wären verarmt, 45 Millionen Arbeitslose ständen am Rande der Verzweiflung. Das Dorf Stöhne unter dem Joch der Krise. Die revolutionäre Vorhut des französischen Proletariats stünde an der Spitze einer gewaltigen Massenbewegung gegen die Diktatur der Bourgeoisie. Die reaktionären und faschistischen Elemente seien dagegen bestrebt, die Faschisierung Frankreichs zu beschleunigen. Ihnen sei es gelungen, am 6. Februar die Massen des Kleinbürgertums auf die Straße zu führen und den Maschinengewehren auszuliefern. Das sei wohlüberlegte Absicht gewesen. Die heransfordernde Demonstration der patriotischen Jugend sei von den Faschisten und der Polizei organisiert worden, um eine Progreßstimmung zu erzeugen und die Herrschaft des weißen Terrors aufzurichten. Die Beschleunigung des Prozesses der Faschisierung läge auch im Interesse der Militärführer. Nur zwei Lager, zwei Klassen ständen sich auf den Straßen Frankreichs gegenüber.

Straßenkumgebung. 11 Personen wurden verhaftet. Die Menge versuchte vergeblich, die Verhafteten zu befreien. Paul-Boncour bleibt in Genf.

Paris, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Außenminister Barthou erklärte vor Pressevertretern, der frühere Außenminister Paul-Boncour bleibe auch weiterhin der Führer der französischen Abordnung für den Völkerbund.

„Daily Telegraph“ zur Politik Barthous.

London, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ bezeichnet die Ansichten der letzten britischen Abrüstungsvorschläge angesichts der Zusammenlegung des neuen französischen Kabinetts als ziemlich ungünstig. Die neue französische Regierung dürfe, so sagt der Korrespondent, nicht bereit sein, einer halbigen und wesentlichen Verminderung der Mannschafstärke oder des Materials der französischen Armee zuzustimmen. Überdies habe Außenminister Barthou bereits angedeutet, Frankreich werde darauf bestehen, daß Hilfsstreitkräfte, wie die nationalsozialistischen Verbände, zur deutschen Heeresstärke hinzugerechnet werden müßten. Barthou werde sich nicht damit zufrieden geben, solche Verbände entsprechend dem britischen Vorschlag lediglich einer internationalen Aufsicht zu unterwerfen.

Teilweise Verständigung in den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Entgegen der von uns unter Vorbehalt wiedergegebenen Meldung des „ABC“-Blattes, nach welcher die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ins Stocken geraten seien, erfährt die Regierungspresse, daß diese Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen. In einer Reihe von Fragen sei bereits eine vollkommene Verständigung erzielt worden. U. a. habe man die Höhe des Einfuhrkontingents von Schweinen aus Polen nach Deutschland auf 100 000 Stück festgesetzt. Außerdem sei das Kohlenkontingent von Deutschland bedeutend erhöht worden.

Die Signatarmächte des Memelstatuts fordern Informationen

Aus informierten Rowner Kreisen erfährt der „Litwowskij Kurjer Codzienny“, daß die in Rowno weilenden Vertreter der Staaten, die die Memeler Konvention unterzeichnet haben, und zwar England, Frankreich und Italien, bei dem litauischen Außenminister in Sachen der letzten Ereignisse im Memeler Gebiet interveniert haben. Die Befandten haben im Namen ihrer Regierungen eingehende Aufklärungen darüber verlangt, welchen Einfluß das neue litauische Gesetz über den Schutz von Volk und Staat auf die Autonomie des Memelgebietes hat.

Spanien vor einer neuen Revolution?

Zur gleichen Zeit, in der Frankreich im Lärm ungewöhnlich heftiger Straßenkämpfe eine System-, wenn nicht gar eine Staatskrise durchmacht, ballen sich auch in Spanien Gewitterwolken zusammen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die junge Republik, die im April erst die Feier ihres dreijährigen Bestehens begehen könnte, vor einem revolutionären Versuch ernsthafteren Charakters steht, als es die Revolte vom vergangenen Dezember war.

Die Stellung der Regierung Ferroux ist schwach. Ferroux stützt sich ausschließlich auf die Parteien der Mitte und ist damit im Parlament in der Minderheit; denn von den 473 Mandaten, die die Cortes zählen, stehen ihm nur 135 zur Verfügung. Allerdings ist auch keine der anderen Parteigruppen stark genug, um etwa allein eine tragfähige Regierungsmehrheit aufbringen zu können. Die Rechte umfaßt 220 Abgeordnete, die Linke 90 und außerdem sind noch 28 Mandate zerstückelt oder zurzeit unbesetzt. Ferroux kann die Geschäfte lediglich dadurch führen, daß er sich von Fall zu Fall bei den neun verschiedenen Parteien der Rechten Hilfe holt. Das ist nicht nur eine außerordentlich unsichere Basis für seine Politik, denn er weiß im voraus nie, ob und wie weit ihm die Unterstützung gewährt wird. Vor allem aber muß er den Ansprüchen der Rechten natürlich Konzessionen machen, die ihn zum Teil seiner eigenen Parteikoalition, vor allem aber der Linken gegenüber, stark belasten. Die Rechte hat so tatsächlich erheblichen Einfluß auf die Regierungspolitik, ohne daß sie doch die Verantwortung für sie mit zu tragen hätte. Auf der Linken und in der Mitte ist man deshalb seit langem schon um den Fortbestand der Republik ernstlich besorgt.

Die Politik der Gefälligkeiten nach rechts hat unter Ferroux dazu geführt, daß fast alle in den ersten Jahren der Republik durchgeführten Reformen auf sozialem und kulturellem Gebiet wieder rückgängig gemacht worden sind.

Unter diesen Umständen ist bei den jetzt beginnenden Debatten in den Cortes der Ausbruch einer Kabinetskrise fast unvermeidlich. Die Bildung einer Rechtenregierung erscheint trotzdem wenig aussichtslos; denn sie würde zur Mehrheit nicht nur die 18 Stimmen der konservativen Republikaner, die sich jetzt zur Mitte rechnen, brauchen, sie ist auch in sich so stark zerstückelt und durch Interessengegensätze und wechselseitiges Mißtrauen so wenig aktionsfähig, daß man von einem Koalitionskabinet der Rechten nicht sprechen kann. Ihren Kern bildet die „Accion Popular“, die 111 Abgeordnete zählt und die sich, um den Wettbewerb gegen die „Minoría Agraria“, die eigentliche Agrarpartei, besser bestreiten zu können, noch den Zusatz „Agraria“ im Namen beigelegt hat.

Ihr Führer Gil Nobles gilt als jung und tatkräftig

und wäre wohl geeignet, eine politische Rolle zu spielen, er stößt aber auf das heftige Mißtrauen der monarchistischen Parteien der Rechten, die ihrerseits wieder dadurch heftig verärgert sind, daß die einen die überbleibsel der ehemaligen Carlisten darstellen, die anderen Alfonso XIII. und seinen Sohn, den Infanten Don Juan, der zurzeit als Seekadett in der königlich britischen Flotte dient, als Thronanwärter präsentieren. Die „Accion Popular“ hat sich zur Republik bekant, sicherlich nicht aus Begeisterung für sie, als vielmehr aus realpolitischen und moralischen Erwägungen, zumal der Papst diese Stellungnahme empfohlen hat und die Anhänger der „Accion Popular“ durchweg gute Katholiken sind. Der Versuch, das Kabinett Ferroux durch die Einbeziehung der „Accion Popular“ umzubilden und parlamentarisch zu festigen, wird aller Voraussicht nach aber daran scheitern, daß die überzeugten Republikaner der Mitte und der Linken an der Echtheit der republikanischen Gesinnung Gil Nobles und seiner Anhänger erhebliche Zweifel haben.

Andererseits ist, ganz abgesehen von der antisozialistischen Einstellung des Ministerpräsidenten Ferroux, auch eine Erweiterung seines Kabinetts nach links kaum möglich. Hier kämen nur die Sozialisten mit ihren 59 Mandaten in Frage. Bei ihnen ist aber der Einfluß des gemäßigten ihrer Führer, Don Julian Besteiro, des früheren Cortes-Präsidenten, der seinen Glauben an die parlamentarische Demokratie noch nicht aufgegeben hat, im Schwanden, und es gewinnen die Elemente die Oberhand, die

offen auf eine Diktatur des Proletariats hinarbeiten.

Ihre Enttäuschung über die rückläufige Entwicklung, welche die Spanische Republik genommen hat, die in der Verfassung die „Republik der Arbeiter“ genannt wird, ist so groß, daß ihr Wortführer, der einstige Finanzminister und Minister der öffentlichen Arbeiten, Don Indalecio Prieto, kürzlich offen aussprach: „Die Zusammenarbeit der Sozialisten mit irgend einem republikanischen Kabinett ist für immer vorbei.“

Es scheint denn auch, daß es gar nicht zu einer parlamentarischen Lösung der verfahrenen Situation kommen wird. Von beiden Seiten, von der monarchistischen Rechten sowohl wie von der sozialistischen Linken, die obendrein immer mehr unter den Einfluß anarchistischer Kräfte gerät, wird offen mit der Anwendung der Gewalt gedroht. Der Marquis de Estella reist durch das Land und wirbt Rekruten für eine „Falange Española“ (spanische Phalanx) genannte Kampftroop, die

eine neue Variation des Faschismus

darstellt. Gleichzeitig predigen die radikalen Führer des Sozialismus den offenen Machtkampf durch Gewalt. Und es ist unter diesen Umständen nicht überraschend, daß Gil Nobles, der Führer der größten Parlaments-Fraktion, seine Anhänger aufzurufen, sich bereit zu halten, um Gewalt mit Gewalt zu vergelten. Das sind alles so offene Vorbereitungen zum Bürgerkrieg, daß es nur noch eines Funken bedarf, um das auf allen Seiten angehäufte Pulver zur Entzündung zu bringen. Und dieser Funken wird in den bevorstehenden Parlamentsdebatten sicherlich auf die kampfgestützten Parteiführer im Lande überbringen.

Was dann kommt, die Monarchie, eine faschistische Rechtsdiktatur oder eine sozialistische Diktatur, ist bei der Unübersichtlichkeit der Kräfteverteilung im Lande, die ja auch noch durch regionale Autonomieansprüche, wie z. B. in Katalonien, zerstückelt wird, schwer zu übersehen.

Grandenzer Prozeß am 26. Februar.

Grandenz, 12. Februar. (Eigene Meldung.) Die Voruntersuchung in Sachen des Überfalls auf eine deutsche Wahlversammlung und später auf eine Vertrauensmänner-Versammlung in Grandenz, bei der bekanntlich der deutsche Schmiedemeister Arnum und der deutsche Kaufmann Niebold ermordet, sowie eine Anzahl anderer Deutscher mehr oder weniger schwer verletzt wurden, ist — wie wir bereits früher berichtet konnten — nunmehr abgeschlossen. Der Staatsanwalt hat die Akten dem Gericht zugehen lassen. Der Prozeß findet vor dem Bezirksgericht in Grandenz statt und wird drei Tage in Anspruch nehmen. Er beginnt am 26. Februar und soll am 28. Februar beendet sein. Für die Verhaftung wird nur eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten ausgeben werden.

Volkstümlicher Jugendabend der evangelischen Gemeinde Lohowo polizeilich aufgelöst.

Am Sonntag nachmittag fanden sich auf Einladung von Pfarrer Staffehl und Frau Pfarrer Triefel in Lohowo, Kreis Bromberg, im Saale des Gastwirts Bettin über 100 junge Mitglieder der evangelischen Gemeinde zusammen, um einen volkstümlichen Abend miteinander zu verleben. Eine Jugendgruppe aus Bromberg war als Gast erschienen, übte mit den Anwesenden Lieder sowie Volksspiele ein, brachte auch ein Hans Sachs-Spiel zur Vorführung. Der Nachmittag verlief in voller Harmonie.

Plötzlich um 6 Uhr abends erschien ein Polizeiwachmeister und forderte die sofortige Auflösung des Jugendabends, da es sich, wie er behauptete, um ein „öffentliches Tanzvergnügen“ handelte. Ihm wurde sofort erklärt, daß es sich lediglich um einen evangelischen Jugendabend handelt, zu dem nur Mitglieder der Evangelischen Gemeinde Lohowo geladen waren und erschienen sind. Der Polizeibeamte ließ sich jedoch auf keine weiteren Verhandlungen ein, sondern bestand auf der Auflösung. Unter heftigem Protest einiger Anwesenden versuchte man ihm nochmals klarzumachen, daß es sich um eine Veranstaltung der evangelischen Gemeinde handelt, die auf Anregung der kirchlichen Leitung des Ortes stattfand. Der Wachmeister blieb jedoch bei seiner Behauptung, und die Teilnehmer mußten den Saal verlassen. Einer der Teilnehmer fragte den Wachmeister, mit welcher Berechtigung er diesen Abend auflöst. Der Wachmeister teilte daraufhin mit, er hätte dazu einen „besonderen Auftrag“ von der Bromberger Burgstaroste.

Dieser bedauerliche Vorfall gibt angesichts der deutsch-polnischen Verständigung zu starken Bedenken Anlaß. Bisher sind Veranstaltungen, die von den Kirchengemeinden getragen wurden, im allgemeinen ungehindert verlaufen, jetzt aber scheint man auch dazu übergehen zu wollen, diese Veranstaltungen mit Polizeigewalt zu verhindern. Wir hoffen, daß nach Aufklärung des Tatbestandes von der politischen Behörde entsprechende Anweisungen an die unteren Instanzen gegeben werden.

Die Carnegie-Stiftung zum deutsch-polnischen Abkommen.

Zur Unterzeichnung des deutsch-polnischen Abkommens hat die Carnegie-Stiftung für den internationalen Frieden durch ihren Vorsitzenden, Dr. Nicholas Murray Butler, Präsident der Columbia-Universität in New York, an den deutschen Botschafter in Washington, Dr. Luther, folgendes Schreiben gerichtet:

Gestatten Sie mir, Ihnen die große Genugung zum Ausdruck zu bringen, mit der ich und meine Mitarbeiter von der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden von der Unterzeichnung eines zehnjährigen Vertrages zwischen den Regierungen Deutschlands und Polens Kenntnis genommen haben, durch den sie wechselseitig auf den Krieg als ein Instrument ihrer nationalen Politik bei der Regelung etwaiger zwischen ihnen auftretender Streitfragen verzichten. Freudig begrüßen wir diesen neuen Fortschrittsbeweis, der gerade zu einer Zeit kommt, wo in verschiedenen Ländern der Widerstand gegen internationale Verständigung und internationale Zusammenarbeit sowie weiterer Aufbau der Rüstungen zu Wasser und zu Lande viel zu viel Unterstützung finden, dieser Rüstungen, die sich in so klarer Weise nicht nur als größte Gefahr für den Weltfrieden, sondern auch für die Sicherheit der Nationen, die sie besitzen, erwiesen haben. Lassen Sie uns hoffen, daß weise Einsicht und ruhiges Urteil die Oberhand behalten und daß die Führer der Weltzivilisation imstande sein werden, in vertrauensvoller Zusammenarbeit die Grundlagen des internationalen Friedens zu festigen und die Wohlfahrt des Volkes jeder Nation zu fördern.

„Unser Schwert ist geschärft!“

Blücher wartet nur auf den Befehl.

Moskau, 10. Februar. (Eigene Meldung.) Zu Ehren des 17. Parteikongresses hat am Freitag auf dem Roten Platz eine große Truppenparade stattgefunden, wobei über 20 000 Mann Militär und Abteilungen der militärischen Vorbereitung sowie etwa 600 Tanks vorbeimarschierten. Aus Anlaß dieses militärischen Aktes hat der Kriegs- und Revolutionsrat einen Armeebefehl erlassen, in dem es u. a. heißt:

Angesichts des 17. Parteikongresses bekundet die Rote Armee ihre unbedingte Treue zur Sache des Sozialismus, ihre Kampfbereitschaft und ihre Bereitschaft, in jedem Augenblick und gegen jeden Feind auszusuchen, um die sozialistische Heimat siegreich zu schützen.

Lenin hat der Arbeiterklasse ständig vor Augen gehalten, daß große Fragen des Massenkampfes letzten Endes nur durch Waffengewalt entschieden werden. Die ganze Geschichte der Roten Armee von dem Tage ihrer Entstehung an ist unbedingt verbunden mit dem Namen des großen revolutionären Strategen, des Organisators, des Mannes mit dem stählernen Willen, mit dem verehrten Führer der Partei, Stalin. Die Rote Armee ist die einzige Armee in der Welt, die nicht für den Imperialismus bestimmt ist, nicht für die Eroberung fremden Bodens.

Zusammen mit dem ganzen Lande, zusammen mit der Partei ist die Rote Armee bestrebt, den Frieden zu schützen.

Aber unser Schwert ist geschärft und bereit, jeden zu treffen, der die friedliche Arbeit des sozialistischen Landes zu bedrohen versucht. Derjenige, der es wagen sollte, unsere Grenzen zu überschreiten, wird vernichtet werden.

Auf dem kommunistischen Parteitag in Moskau sprach am Donnerstag der Oberbefehlshaber der Roten Armee im Fernen Osten, Blücher. Dieser legte ein Bekenntnis für Stalin und die Politik der Partei ab und betonte, daß die gesamte russische Armee nur auf den Befehl warte und fertig sei für den Fall, daß Rußland angegriffen würde. Die Rote Armee werde ihre Pflicht erfüllen, ohne mit der Wimper zu zucken.

Heime für Wandergesellen.

Der Sturmbannführer Seidler aus München ist mit einem aufsehenerregenden Plan an die Öffentlichkeit getreten, der sich mit der Schaffung einer neuen Fürsorgeorganisation für die wandernden Volksgenossen befaßt.

Die Finanzierung dieses Planes erfolgt durch einen „Verein der Wanderfürsorge“, der von allen Volksgenossen, die der RWB nicht angehören, jährliche Beiträge erhebt, die von 1,50 Mark bis in Höhe von 10 Mark gestaffelt sind. Der Ertrag dieser Beiträge erbringt nach vorsichtiger Schätzung in Bayern allein 3 Millionen Mark.

Mit dieser Gesamtsumme werden an allen maßgebenden Straßenkreuzungspunkten Bayerns im Einvernehmen mit der Landesbauernschaft häusliche Anwesen erworben. In Aussicht genommen sind zusätzlich noch 50 mittlere Bauernhöfe. Die Betreuung der Höfe wird je einem sachkundigen Bauern, einem sachkundigen Gärtner und einem ausgebildeten Heimwart übergeben. Zutrittsberechtigt zu dieser Wanderfürsorge ist in einer Übergangszeit von drei Monaten jeder Mann. In dieser Zeit werden alle schlechten Elemente von der Landstraße entfernt und in geeignete Verwahrung genommen. Der Zweck der Verwahrung ist nicht Bestrafung, sondern Erziehung zum Gemeinschaftsmitglied.

Nach Ablauf dieser Monate hat nur noch der Volksgenosse Zutritt, der ein ordentliches Wanderbuch besitzt. Die Einführung eines einheitlichen Reichswanderbuchs ist damit unbedingt notwendig. Frei sind für die Wanderbüchsen von den Kosten drei Übernachtungen in drei verschiedenen Höfen, die im Wanderbuch eingestempelt werden, und zwar sowohl die Übernachtung als auch die damit verbundene Tagesbeschäftigung. Die vierte Übernachtung ist gebunden an eine siebentägige Arbeitsleistung, in der der handwerkliche Wanderer mit dem ordentlichen Bezirksarbeitsamt verbunden wird.

Die Fürsorge im Heim umfaßt für den Wanderer vor allem auch Körper- und Bekleidungspflege, so daß nach kurzer Übergangszeit der wandernde Volksgenosse unbedingt schon rein äußerlich wieder sein früheres Ansehen genießt. Bereits Ende Mai soll dieser Plan Wirklichkeit in Bayern werden und sicherlich werden ihn alle übrigen Länder aufgreifen. Dann wird Deutschland wieder eine stolze bahnbrechende soziale Tat verbüßen können.

Ein deutsches Frontkämpfer-Kreuz.

Nach den Aufrechnungen der Generale Schwarte und Auhl sind etwa 13 Millionen Mann in Deutschland als Kriegsteilnehmer zu zählen, darunter 325 776 Offiziere und Feldwebellieutenants, 33 406 Sanitätsoffiziere, 5395 Veterinäroffiziere, 45 423 Beamte. Es ist jetzt geplant, all diesen Kriegsteilnehmern, soweit sie Frontdienst geleistet haben, ein Frontkämpferkreuz zu verleihen.

Bei dieser Zahl von 13 Millionen wurde das Eisenerne Kreuz zweiter Klasse 4 1/2 Millionen mal verliehen, das Eisenerne Kreuz erster Klasse 90 000 mal, der Orden Pour le Merite 780 mal, das Ritterkreuz des Hausordens der Hohenzollern mit Schwertern in 4000 Fällen, das goldene Militärverdienstkreuz für Unteroffiziere und Mannschaften etwa 1750 mal.

Republik Polen.

Polnische Nationalsozialistische Partei verboten.

Die Kattowitzer Polizeidirektion hat die Ortsgruppe Siemianowitz der polnischen nationalsozialistischen Partei wegen ihrer die öffentliche Ruhe und Ordnung störenden Tätigkeit aufgelöst. Mitglieder dieser Partei hatten nachts die Fensterscheiben eines jüdischen Herrenartikelfachgeschäfts eingeschlagen und einen Überfall auf einen jüdischen Kaufmann verübt. Die Täter konnten ermittelt und als Mitglieder der polnischen nationalsozialistischen Partei festgestellt werden. Die Festgenommenen wurden in das Kattowitzer Gefängnis eingeliefert. In diesem Zusammenhang ist jetzt die obige Anordnung ergangen.

Ein polnischer Vortrag über „Hitlerismus“.

Dr. Marzhan, 8. Februar. Vor den Mitgliedern des Internationalen Frontkämpferverbandes (Fidac) in Warschau hält am Montag, dem 12., der Minister für polnischen Außenministerium Czudowski einen Vortrag über das Thema „Hitlerismus“.

Wildernder Hund zerriß 34 Schafe.

In einer der letzten Nächte drang bei Simmern (Schweiz) in eine Schafherde von 250 Stück des Besitzers Georg Schmauder aus Mexstetten ein Wolfshund ein. Als der Schäfer den Überfall bemerkte, hatte der Hund bereits 34 Schafe zur Strecke gebracht und 27 schwer verletzt. Von diesen mußten bis jetzt 13 Tiere notgeschlachtet werden. Dem Besitzer ist ein Schaden von 2000 Mark entstanden. Der wilde Hund wurde in einem Nachbardorf aufgegriffen und abgeschossen.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 12. Februar 1924.

Atatau - 2,80, Zawicholt + 1,60, Warchau + 1,27, Bloct + 1,52, Thorn + 1,08, Forbon + 0,72, Culm + 0,75, Graubenz + 1,08, Ruzgebrat + 1,15, Biedel - 0,09, Mischau - 0,22, Chrago + 2,68, Schlowenhorst + 2,92.

Bommerellen.

12. Februar.

Graudenz (Grudziadz)

Zu einem Deutschen Feierabend.

hatte die Ortsgruppe Graudenz des Verbandes der Deutschen Katholiken für Donnerstagabend in den Saal des 'Goldenen Löwen' eingeladen.

Der gewaltige Weststurm, der Donnerstagabend und noch die folgende Nacht herrschte...

Ein vernünftige nächtliche Expedition brachte den bereits sechsmal verurteilten Josef Wiczynski aus Mischke (Miszka) auf die Anklagebank...

Diebstähle. Dem Landwirt Johann Roth, Wiesenberg (Droga Lakowa) 103, wurden 30 Hühner im Werte von 90 Zloty...

Gefährliche Diebesbanden unschädlich gemacht. Die hiesige Polizei, die schon wochenlang vorher den verbrecherischen Elementen...

Aus dem Landkreise Thorn (Torun), 12. Februar. Der starke Sturm, welcher nun fast acht Tage gewütet, hat mancherlei Schäden angerichtet...

Podgorz, b. Thorn, 10. Februar. Ständesamliche Nachrichten. In der Zeit vom 1.-31. Januar d. J. gelangten beim hiesigen Standesamt...

Aus dem Seekreise, 10. Februar. Durch ein Schandfeuer, das in der gestrigen Nacht gegen 2 Uhr veranlaßt durch einen überheizten Kachelofen entstanden ist...

Gefängnisstrafen im Kommunisten-Prozess. Stargard (Starogard), 11. Februar. Der große Kommunistenprozess in Stargard hat nunmehr seinen Abschluß gefunden...

'Loffe an Bord!' Diese erstmalig vor ausverkauftem Hause mit förmlichem Beifall aufgenommene Fischerkomödie von Ferd. Desau geht am Mittwoch, 8 Uhr...

Thorn (Torun)

40-jähriges Amtsjubiläum.

Am Sonntag, dem 11. Februar, beging der Seelsorger der evangelisch-lutherischen Parochie Thorn, Herr Pastor Theodor Brauner, sein 40-jähriges Amtsjubiläum.

Von Herzen wünschen wir dem Jubilar, der jetzt im 67. Lebensjahr steht, daß er, von der fürbittenden Liebe seiner Gemeinden getragen...

Der Wasserstand der Weichsel erfuhr gegen den Vortag eine weitere Zunahme um 2 Zentimeter und betrug Sonntag früh bei Thorn 0,91 Meter über Normal.

Auf freier Tat erappt wurden am Sonnabend zwei Arbeitslose, als sie gegen 6 Uhr nachmittags einen Einbruch in einen der Lagerschuppen an der Uferbahn verübten.

Verhaftet wurden am Freitag eine Person wegen Diebstahls und vier Personen unter Diebstahlverdacht, die der Gerichtsbehörde bzw. dem Polizeiarrest zugeführt wurden.

Einbrüche, bei denen die Täter Mauern durchbrechen, um ans Ziel zu kommen, sind hierorts keine Seltenheit. Der letzte Polizeibericht meldet zwei solcher Fälle.

Aus dem Landkreise Thorn (Torun), 12. Februar. Der starke Sturm, welcher nun fast acht Tage gewütet, hat mancherlei Schäden angerichtet.

Podgorz, b. Thorn, 10. Februar. Ständesamliche Nachrichten. In der Zeit vom 1.-31. Januar d. J. gelangten beim hiesigen Standesamt...

Aus dem Seekreise, 10. Februar. Durch ein Schandfeuer, das in der gestrigen Nacht gegen 2 Uhr veranlaßt durch einen überheizten Kachelofen entstanden ist...

Gefängnisstrafen im Kommunisten-Prozess. Stargard (Starogard), 11. Februar. Der große Kommunistenprozess in Stargard hat nunmehr seinen Abschluß gefunden...

'Loffe an Bord!' Diese erstmalig vor ausverkauftem Hause mit förmlichem Beifall aufgenommene Fischerkomödie von Ferd. Desau geht am Mittwoch, 8 Uhr...



Erschließlich in allen Apotheken.

Ehrenrechte auf 6 Jahre, Julian Piotrowski 5 Jahre, St. Suzyński, Rawski und Kozłowski je 4 Jahre...

ef. Briesen (Wabrzejno), 10. Februar. Einen frechen Überfall am hellen Tage verübten vier unbekannte Täter in der Nähe des Rielsberger Waldes auf den Fuhrmann Kozłowski...

Diebe drangen nach Ausbrechen eines Fensters auf den Speicher des Besitzers Schulz in Hohentirk ein und stahlen fünfzehn Zentner Weizen...

ch Berent (Koscierzyna), 9. Februar. In Siebenhütte bei Berent brannte aus unbekannter Ursache die gemeinsam benutzte Scheune der Besitzer Lacka-Ruchniewicz nieder.

n. Gohlshausen (Jablonowo), 9. Februar. Am letzten Sonntag veranstaltete der Deutsche Schulverein Bukowiz in dem Dahmschen Lokale sein diesjähriges Wintervergügen.

Der letzte Wochenmarkt zeigte schwachen Verkehr. Butter kostete 1,10-1,20 pro Pfund, Eier 1,00-1,10 pro Mandel.

Ungebetene Gäste stalteten dem Besitzer Diebig-Dietrichsdorf einen nächtlichen Besuch ab und ließen 16 Hühner mit sich gehen.

h. Gorzno (Gorzno), 9. Februar. Ungebetene Gäste stalteten in der gestrigen Nacht dem Landwirt Michael Kossman in Abban Gorzno einen Besuch ab...

* Groß Lunau (W. Lunau), Kreis Culm, 10. Februar. Es waren frohe und doch ernste Stunden, die die Jugend der Lunauer Gemeinde in der Zeit vom 1. bis 8. Februar...

Graudenz.

Deutsche Bühne Grudziadz G. B. Sonntag, 18. Febr. 1934 um 15 Uhr im Gemeindehause.

Die Kunst des Goetheanums (Eurythmie als neue Bewegungskunst.)

Klavierunterricht nach bewährter Methode erteilt 5140 Magde Prins, Musiklehrerin, Dardowa 15.

Thorn. Romödie in 3 Akten von August Hinrichs. Im Anschluß daran die Töne vom Maskenball.

Hebamme Zum Kornebal! erteilt Rat, nimmt Bekell. entgegen. Distriet zugewickert. Friedrich. Torun, sw. Jakoba 15. 5451

Felle taugt Lederhandlung Runge & Kuttler Radl. Torun, Zealarsta 21. 1477

Möbl. Zimmer Möbl. Zimmer Mitteilungsblatt. 1708

Justus Wallis Papierhandlung Torun, Szerota 34.

Landwirtschaftliche Debatte im Sejm.

(Von unserem ständigen Warschauer
Berichterstatter.)

Die Freitagssitzung des Sejms galt u. a. der Erörterung des Budgets des Landwirtschaftsministeriums. Auch in dieser Aussprache wie durchwegs in der ganzen Budgeterörterung nahm die Schilderung der politischen Schmerzen im Lande und der Mißstände, an denen einzelne Schichten, Gruppen und Berufe und zwar angeblich als Opfer falscher politischer Kalkulationen der Inhaber der Macht leiden, einen breiten Platz ein; doch trotzdem traten die spezifischen Probleme der Landwirtschaft in den Vordergrund und erfuhren eine vielseitige Beleuchtung. Daß aus der Polemik sich ein überaus trübes Bild ergeben hat, liegt an den objektiven Tatsachen und nicht an deren wohl- oder mißvollendener Deutung. Es nützt nicht, den Tatsachen moralische Predigten zu halten, und es ist auch noch niemand gelungen, Tatsachen vor Gericht zu stellen und sie durch Strafen unschädlich zu machen. Tatsachen bleiben Tatsachen.

Das Referat über den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums hielt Abg. Stroynowski (BB); er beantragte die Annahme des Voranschlags in dem von der Kommission beschlossenen Wortlaut.

In der darauf folgenden Aussprache vertrat den Standpunkt der nationalen Opposition Abg. Sijalkowski (Nat. Klub), der davon ausging, daß die Sanierung, welche darum kämpfte, die Macht in ihren Händen zu behalten, so viel Energie dabei verbrauchte, daß ihr keine Kräfte übrig blieben, um die realen Gefahren zu bekämpfen. Das zeigte sich am greiftesten auf dem landwirtschaftlichen Abschnitt. Seit vier Jahren — führte der Redner aus — sehen wir nur fragmentarische Maßnahmen und verspätete Rettungsversuche, welche die Katastrophe nicht aufhalten. Die Regierung und der BB-Klub brüsten sich mit der agrarischen finanziellen Gesetzgebung, verweisen darauf, daß die Landwirte gegenwärtig hundert und etliche zehn Millionen jährlich weniger zahlen und

daß sie sich die Möglichkeit der Preiserhöhung der Agrarprodukte aus dem Kopfe schlagen müssen.

Dafür — polemisierte der Redner — muß der Landwirt, welcher geringere Zinsen zahlt, andererseits 10 Prozent des Kreditzuschlags zur Steuer, die Vermögensabgabe, die Abgaben für den Wegebau und Arbeitsfonds, die erhöhten Versicherungsbeiträge und die Nationalanleihe zahlen. Nach Ansicht des Redners hat die ganze agrarische finanzielle Gesetzgebung versagt und wir stehen heute vor der Tatsache, daß Tausende von Bauern zur Versteigerung gelangen und daß die Not der Bauern gewaltig ist.

Man erhebt gegen die Landwirte den Vorwurf, daß sie widerstrebend die Nationalanleihe gezeichnet hätten. Für welches Geld sollten sie die Anleihe kaufen? fragte der Oppositionsredner. Wenn sie die Anleihe gezeichnet haben, so taten sie es auf Kosten anderer Steuern oder ihrer Gläubiger.

Die Landwirte — sagte Abg. Sijalkowski weiter — arbeiten heute umsonst. Nach Ansicht des Redners steht die Aktion der Regierung in keinem Verhältnis zu denjenigen anderer, sogar kleinerer Staaten, auch in keinem Verhältnis zu den unnötigen Ausgaben politischen Charakters und zu den Ausgaben zur Stützung unrentabler staatlicher Unternehmen. Die Aktion der Regierung zur Preisreduzierung der kartellierten Artikel hat nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht. Der Redner besprach weiter u. a. das neue Versicherungsgesetz, durch welches die Bauernschaft schwer belastet wird.

Die Landwirtschaft ist mit einer chinesischen Mauer von steifen Abgaben und steifen Preisen für alles, was sie zur Produktion von Fleisch und Getreide kaufen muß, umgeben

Sie produziert daher auf Kosten der eigenen Substanz, d. h. sie treibt Raubwirtschaft, was eine Gefahr für die Zukunft bildet. Der Redner meint, daß die Landwirte, die dem Regierungsbüro angehören, einen sehr geringen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik haben. Er verweist auf die Beispiele Frankreichs, Ungarns und Deutschlands, wo gewisse Maßnahmen vom Verständnis für die Bedeutung der Landwirtschaft in der nationalen Wirtschaft zeugen. Die durch agrarische Kreise angebahnte Initiative kann eine nützliche Einleitung zu einer Aussprache sein, doch müsse man der Landwirtschaft die Selbständigkeit überlassen;

die Landwirtschaft kann keine Kartelle bilden.

Leider herrsche aber in unseren landwirtschaftlichen Organisationen eine derartige Stimmung, daß „keine Mücke zu

summen wagt, aus Angst, die Behörde zu beleidigen“. Unter diesen Bedingungen kann von einer Freimachung schöpferischer Kräfte keine Rede sein.

Abg. Poniatowski (BB) polemisierte gegen die Ausführungen des Vorredners und behauptete, daß die Agrarpolitik der Regierung konsequent sei, während die Opposition ihr nicht eigene Rezepte entgegenhalte, sondern widersprüchliche Einwendungen mache. Die Agrarpreise — sagte der Vertreter des Regierungsklubs — sind infolge der Regierungspolitik die höchsten von allen Ländern, welche Agrarprodukte exportieren. Wenn es sich um Roggen handelt, so stehen die Preise um 10 Zent höher über dem Niveau, das bei den heutigen Weltpreisen bestünde.

Abg. Mikolajczyk (Volksparteilicher Klub) machte geltend, daß für die Landwirtschaft im Budget eine Summe bestimmt wird, die den Dispositionsfonds aller Ministerien gleicht. Die Einnahmen der Landwirtschaft sinken in katastrophaler Weise und die Verschuldung wächst. Die Steuererleichterungen seien entweder nur scheinbar oder kommen nur den Protegierten zugute, während eine Reihe von neuen, in der Periode der Verarmung auferlegten Lasten die Möglichkeit einer Besserung ausschließt. Die für die Intervention verwendeten Millionen — sagte der Vertreter der Volkspartei — haben kein Resultat ergeben, und die staatlichen Getreidemerke haben nach der Ernte die Preise herabgesetzt, um den Bauern es unmöglich zu machen, Getreide auf den Markt zu werfen. Schwankungen, welche bei den Roggenpreisen innerhalb einiger Monate bis zu einer Differenz von 50 Prozent, beim Weizen bis zu 100 Prozent gelangten, zeigen, daß es eine planmäßige Interventionspolitik nicht gegeben hat.

Der Redner klagte weiter darüber, daß der Pfandkredit der kleinen Landwirtschaft nicht zuteil geworden ist. Die soziale Idee der landwirtschaftlichen Organisation erfährt dadurch eine Entstellung, daß diese Organisationen als Sektionen in den Regierungsbüros einverleibt wurden. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist der polizeilichen Kontrolle unterstellt, und alles bemüht man sich, vom polizeilichen Gesichtspunkte aus zu entscheiden.

Öffentliche unterhaltende Veranstaltungen und ihr Recht.

Über das Recht der Veranstaltung öffentlicher Unterhaltungen sind durch Verordnung des Staatspräsidenten vom 27. Oktober 1933 (Dz. Ust. Nr. 85/33 Pof. 632) neue Bestimmungen erlassen worden, die am 1. Jan. d. J. in Kraft getreten sind. Das Wichtigste daraus ist das Folgende:

Dem neuen Recht unterliegen: öffentliche Schaustellungen, Sprechveranstaltungen und musikalische Veranstaltungen, Vorträge, sportliche Unternehmungen, Salontanzschulen, Volksunterhaltungen und andere Unternehmungen, die unterhaltend oder künstlerische Zwecke verfolgen, mit Ausnahme von wirtschaftlichen Ausstellungen und der Beleuchtung von Filmen mit Hilfe des Kinematographen.

Diese Veranstaltungen bedürfen der behördlichen Genehmigung. Die Genehmigung hat rein persönlichen Charakter und kann auf eine dritte Person nicht übertragen werden. Der Innenminister kann durch Verordnung die Veranstaltungen bezeichnen, bei denen die Anmeldung genügt. Die neue Verordnung unterscheidet drei Arten solcher Veranstaltungen: 1. solche mit ständigem Sitz, 2. wandernde und 3. improvisierte. Die Genehmigung für die erstere Kategorie, mit Ausnahme theatralischer Unternehmungen, erteilt die Wojewodschaftsbehörde der allgemeinen Verwaltung am Ort resp. Sitz des Unternehmens. Die Genehmigung für Theaterunternehmungen erteilt ohne Rücksicht auf den Ort der Innenminister im Einvernehmen mit dem Kultusminister. Diese Kompetenzen können durch ministerielle Verordnung abgeändert werden. Solche Genehmigungen können für eine Dauer bis zu 15 Jahren erteilt werden. Genehmigungen für Wanderveranstaltungen, mit Ausnahme von Theaterveranstaltungen, erteilt die zuständige Verwaltungsbehörde, die für den betreffenden Bezirk zuständig ist, und für das ganze Staatsgebiet der Innenminister. Sobald ein solches Unternehmen am Orte seiner Tätigkeit eingetroffen ist, muß es der Kreisverwaltungsbehörde von dem Zeitpunkt, dem Ort und der Art seiner Darbietung Mitteilung machen. Die Behörde kann die Zeit der Veranstaltung beschränken oder sie ganz verbieten. Für die improvisierten Veranstaltungen erteilt die Verwaltungsbehörde am Orte des Unternehmens die Genehmigung. Als improvisiertes

Unternehmen wird ein solches angesehen, das nur bezweckt, einmal oder ein paarmal eine solche Unterhaltung in einer Ortschaft zu veranstalten.

Für Werke mit Sprechtext, die öffentlich vorgelesen werden sollen, muß vorher die Genehmigung der örtlichen Verwaltungsbehörde erlangt werden, und zwar kann, wenn es sich um einen Text in nicht polnischer Sprache handelt, die Befreiung einer polnischen Übersetzung von der Behörde verlangt werden. Der Minister kann Befreiung davon zulassen.

Art. 13 führt die Fälle auf, in denen solche Veranstaltungen verboten sind, weil sie die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung bedrohen. Wir können diese Fälle übergehen, da sie in Veranstaltungen auf deutscher Seite ausgeschlossen sind. Zu erwähnen ist, daß auch Veranstaltungen verboten sind, die in das Gebiet des Synnotismus und der Suggestion hinübergreifen, falls Personen aus dem Publikum daran teilnehmen sollen.

Die Programme für die Veranstaltungen mit Angabe des Ortes und der Zeit der Veranstaltung und des daran beteiligten Personals müssen spätestens 24 Stunden vor der Veranstaltung der Kreisbehörde eingereicht werden. Die Programme müssen auch vor Beginn des Biletverkaufes durch Aushang am Eingang zu der Veranstaltung veröffentlicht werden.

Zur Kontrolle und für Repräsentationszwecke muß das Unternehmen der Behörde im Höchstfalle 6 Freikarten zur Verfügung stellen.

Verstöße gegen diese Verordnung und gegen Bestimmungen, die auf dieser Verordnung beruhen, unterliegen einer Geldstrafe bis zu drei Monaten oder einer Geldstrafe bis zu 3000 Zloty. Zur Entscheidung sind die Verwaltungsbehörden berufen.

Alle Mitteilungen an die Behörden in den Fragen, die mit der Verordnung zusammenhängen, sind mit einer einzigen Ausnahme stempelsteuerfrei.

Als der Ausführungsverordnung des Innenministers zu der vorstehenden Verordnung des Staatspräsidenten (Dz. Ust. Nr. 103/33 Pof. 801) sei das Folgende hervorgehoben:

Improvisierte unterhaltende Unternehmungen bedürfen nicht der Genehmigung, müssen aber der Kreisbehörde angezeigt werden, und zwar spätestens drei Tage vor der Veranstaltung. Die Anzeige muß enthalten: a) den Namen des Unternehmers, Zeit und Ort, und welche Veranstaltung er plane, b) welche Qualifikation er dazu besitze (Vorbildung, praktische Vorbereitung, bisherige Ergebnisse seiner Arbeit auf dem entsprechenden Gebiete usw.), c) welche technischen Hilfsmittel und welche Geldmittel er für die Führung des Unternehmens besitze. Die Organisatoren improvisierter Sprechveranstaltungen müssen außerdem angeben, durch welche Behörde und wann ihre vorzutragenden Werke die Approbation erhalten haben, wenn diese Werke die Approbation erfordern. Wenn keine Approbation da ist, müssen sie zur Approbation vorgelegt werden (und zwar zusammen mit polnischer Übersetzung).

Der Anmeldung einer wandernden Unternehmung muß eine entsprechende Genehmigung zur Ansicht beigelegt werden. Über die schon erwähnten Freibilletts für die Behörden bei Wanderveranstaltungen wird in der Verordnung bestimmt: Unternehmungen, die numerierte Plätze haben, haben den Behörden zur Verfügung zu stellen:

a) in der Hauptstadt Warschau und in den Wojewodschaftsstädten 5 ständige Plätze, und zwar 3 in der ersten Reihe und 2 in der zweiten;

b) in den anderen Ortschaften 4 ständige Plätze, und zwar 2 in der ersten und 2 in der zweiten Reihe. Unternehmungen ohne numerierte Plätze haben für jede Vorstellung den Behörden zur Verfügung zu stellen in Warschau und den Wojewodschaftsstädten 5 und in den anderen Ortschaften 4 Plätze. Die Verfügung über diese Plätze haben die Wojewoden resp. die Kreisverwaltungsbehörden.

Die Erteilung der Genehmigung zur Veranstaltung von Unterhaltungen in Gastwirtschaften, mit Ausnahme von Schaustellungen, wird den Kreisverwaltungsbehörden überwiesen. Unter dem Begriff „Kreisbehörden der allgemeinen Verwaltung“ (wir haben in diesem Artikel der Kürze wegen den Ausdruck „Kreisverwaltungsbehörden“ angewandt) sind in den Stadtkreisen die Burgstarosten zu verstehen.

In einer weiteren Verordnung des Ministers des Inneren, die im Einvernehmen mit dem Kultusminister am 28. Dezember 1933 erlassen ist. (Dziennik Ustaw Nr. 103/33 Pof. 802) werden Bestimmungen getroffen über die Genehmigung von Theaterunternehmungen mit ständigem Sitz und über Wanderveranstaltungen, die nur ein beschränktes Interesse bieten.

Da waren wir verstört. Aber die ganze Welt, in der wir lebten, war verstört. Und sie sagten alle, das seien nun eben die neuen Herren, das sei die neue Ordnung.

Unsere Väter kamen zurück, soweit sie nicht für uns verblutet waren. Aber sie waren sehr müde und schickten sich herein. Oder sie marschierten gar mit in den Umzügen hinter der roten Fahne und hatten viele neue Worte, mit denen sie lärmend herumwarfen.

Wir waren Knaben von acht oder neun oder zehn Jahren. Unsere ganze Welt, die unser erstes Bewußtsein, besonders stark unter dem Eindruck des Krieges, umfaßte, war jämmerlich geborsten. Dafür hatten wir schon ein Gefühl. Es war seltsam beklemmend für uns.

Mein Vater führte mich am Tage, nachdem die roten Matrosen vom Bahnhofe aus mit Maschinengewehren die nächsten Straßenzüge betritten hatten, zu dem Schauplatz dieser Kämpfe. Einige wenige Offiziere hatten sich in einem Keller verschaukelt gehabt. Überall zeigten die Fenster Scheiben kleine kreisrunde Löcher. Meist war das Glas gar nicht einmal gesplittert. Die Häuserwände wiesen Hunderte von Kugelhöhlen auf, doch neben Loch. Wir sahen auch Wahren, die zu Rote-Kreuz-Automobilen getragen wurden. Und wir sahen auch die Leute in den klappigen Uniformen mit den roten Armbinden, die Karabiner lässig mit der Mündung zur Erde über die Schulter gehängt.

Das begriffen wir sehr wohl schon, ohne daß man es uns sagte, daß hier etwas ungeheurer Umwälzendes, etwas sehr Trauriges, ja etwas Gemeines und Feiges geschehen war! Das empfanden sogar viele von unseren Altersgenossen, deren Väter die neuen Worte aufgriffen und sich lärmend und großspurig gaben.

Das fühlten wir wohl. Aber woran sollten wir denn unser Gefühl ausrichten, was kannten wir Kinder denn von der alten Welt? Und unsere Väter waren meist still geworden und sagten ja selbst, es sei eben anders geworden, und das sei nun einmal so.

Unsere Kriegsspiele unterließen wir. Auch die „Großen“, die uns früher bei unseren Spielen kameradschaftlich und gönnerhaft auf die Schulter geklopft hatten, wollten sie nicht mehr.

Dann gab es noch einmal einen anderen Klang: Freikorps kämpften! Wir hörten auf. Das waren damals die letzten Deutschen. Sie retteten die deutsche Ehre, aber auch, wie sie später erbittert merkten, die junge und doch schon so greisenhaft gebrechliche Republik. Als die Republik dann diese Freiwilligen nicht mehr brauchte und vor den paar tausend entschlossenen eisenfesten Männern es mit der Angst bekam, verleugnete und verriet man sie.

Max Hölz geisterte wie eine apokalyptische Vision durch die Angstträume des gelähmten Bürgerkriems.

Acht Tage lang hörten wir den Namen Kapp. Dann war alles wieder vorüber.

Die Franzosen fielen ins Ruhrgebiet ein. Ein Deutscher starb als Held: Schlageter.

Im November 1923 gab es den Hitler-Putsch. Aber die Zeit war noch nicht reif.

Wir erlebten den Zahlenrausch der Inflation, als wir für unsere kleinen Einkäufe Millionen- und Milliardenbeträge in der Tasche trugen.

So wuchsen wir heran.

Gewiß, viele von uns hatten wohl ganz brave Lehrer. Die meisten von ihnen waren auch draußen gewesen. Hier und da fielen Andeutungen, aber von der Schmach des Novemberverrates, von dem Versaffer Todesdiktat durften sie nicht allzuviel sprechen. Sie konnten auch nicht anders, überall lagen in krankhafter Angst die neuen Machthaber auf der Lauer.

Einige waren auch, wenn der Schulrat nicht allzu nahe war, gelegentlich wie Feldwebel auf dem Kasernenhofe. So ging es aber auch nicht.

Viele von uns hatten auch Lehrer, die ihnen sagten, das Volk hätte in jenem November 1918 auf der ganzen

Pinte gestiegen und eine neue Zeit sei mit verheißungsvoller Morgenröte angebrochen. Nun, wir lernten diese Zeit ja selber kennen.

Der Krieg hatte unser Bewußtsein zum ersten Male grell durchleuchtet. Uns summtete noch das Surren und der Jubel über die Siegesnachrichten in den Ohren. Und Soldat sein, Krieger sein, war etwas Großes und Schönes, das hatte unser eigenes Gefühl uns schon gesagt. Und jetzt sollte alles, was damals groß und gut gewesen war, niedrig und gemein sein? Würde sozusagen von Staats wegen verächtlich gemacht! Die Eisernen Kreuze, vor denen wir kleinen Jungen stramm gestanden hatten, wurden bespottet, die schwarz-weiß-roten Fahnen waren geächtet, und das Rot, das wir zuerst bei den schludrigen unsoldatischen Gestalten mit den zur Erde weisenden Karabinern gesehen hatten, war nun die Farbe Deutschlands!

Hier war etwas Ungeheures geschehen, gegen das unser knabenhaftes instinktives Gefühl für Ehre, Sauberkeit und Recht sich auflehnte! Es kam die erste dumpfe Ahnung über uns, daß wir hier einst auch noch ein Wörtchen mitzureden haben würden!

So wurden wir älter.

Wir gingen durch alle die Nöte und Zweifel, durch die heranwachsende junge Menschen sich durchkämpfen müssen. Wir erlebten jene reizbare Zeit, da die Spannungen zwischen den Generationen zum ersten Male offenbar werden. Wir erlebten all das stärker, weil die Zeit selbst voll stärkster Spannungen war, weil überall neue Gestalt und Wertung entstand, weil überall neue Formen sich bildeten, sich taumelnd überfüllten und neuen Platz machten. Wir mußten, mit den eigenen Nöten und Zweifeln angefüllt durch alle Zweifel und Nöte der Zeit hindurchgehen. Mancher Schwächling blieb auf der Strecke. Aber wir anderen wurden sehr viel früher und nachdrücklicher als andere Generationen ernst und ausgeprägt.

Die ersten von uns gingen in ihre Berufe.

